



23. August 2011

Frankenkurs: Rasch abwerten, Spekulation stoppen, Reichtum umverteilen

Von Hans Baumann, ehemaliger Chefökonom der Unia
und Beat Ringger, geschäftsführender Sekretär des Denknetz

Der Kurs des Schweizer Frankens ist in schwindelerregende Höhen gestiegen. Wenn der hohe Kurs nicht korrigiert wird, sind mittelfristig 200'000 bis 300'000 Arbeitsplätze bedroht. Die Nationalbank interveniert gegenwärtig mit einem Fluten der Märkte mit Sichtguthaben zuhanden der Geschäftsbanken in der Höhe von über 100 Mia neuen Franken. Dies hat eine leichte Kurskorrektur nach oben bewirkt. Doch bestehen erhebliche Zweifel, ob diese Massnahme ausreicht, um den Frankenkurs dauerhaft auf ein akzeptables Niveau zu bringen. Deshalb gilt es, rasch und konsequent zu handeln: Eine Abwertung des Frankens um 30%, anschliessend einen Kurs von 1.40 gegenüber dem Euro verteidigen und die Spekulation regulativ bekämpfen. Ein solches Handlungspaket schafft den Turnaround, bevor unwiederbringlicher Schaden angerichtet ist. Ergänzend sollen die Spekulations- und Währungsgewinne steuerlich abgeschöpft und an die Bevölkerung verteilt werden. Mittelfristig müssen die Handelsungleichgewichte abgebaut und der Binnenmarkt gestärkt werden. Dafür braucht es anständige Mindestlöhne und eine steuerpolitische Wende, mit der die Umverteilung von unten nach oben der letzten 20 Jahre rückgängig gemacht wird.

Beurteilung der Situation

Wie bedrohlich ist die Aufwertung?

Der Euro hat innert Jahresfrist von rund Fr. 1.40 auf zeitweise Fr. 1.007 nachgegeben - ein in der bisherigen Franken-Geschichte einmaliger Vorgang. Gegenwärtig liegt der Eurokurs leicht über Fr. 1.10. Ein solcher Kurs wird zu einer schweren Rezession führen. Auf Basis der verfügbaren Studien schätzt der SGB, dass für je 10% Aufwertung innert 3 bis 5 Jahren mit dem Verlust von rund 100'000 Arbeitsplätzen und einem BIP-

Rückgang von 2.5 bis 3.5% gerechnet werden muss (Lampart 2010). Eine neue Untersuchung der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich (April 2011), die die Sektoren Tourismus, Metallerzeugnisse und Maschinen untersucht, bestätigt diese Einschätzung. Sie kommt zum Schluss, dass eine Aufwertung von lediglich 7% in diesen Sektoren eine Einbusse von 15'000 Arbeitsplätzen auslöst. Eine Kurssteigerung von 30% entspräche demnach in diesen Branchen rein rechnerisch einem Verlust von rund 65'000 Jobs. Die massive Aufwertung könnte jedoch auch eigentliche Zusammenbrüche bewirken und damit noch drastischere Folgen zeitigen. Die dadurch ausgelösten strukturellen Veränderungen wären anschliessend kaum mehr rückgängig zu machen. Wir pflichten deshalb SNB-Vizepräsident Thomas Jordan bei, wenn er sagt, die Lage sei "dramatisch". Tückisch ist zudem, dass die Auswirkungen erst verzögert eintreten, zunächst also scheinbar nur wenig Handlungsdruck besteht.

Gründe für die Aufwertung: Save heaven?

Die Standardantwort auf die Frage nach den Gründen der Frankenaufwertung lautet: Die Schweiz sei dank ihrer wirtschaftlichen Stabilität ein "save heaven". Die verunsicherten Anleger würden angesichts von Euro- und Dollarkrise ihre Vermögen vor der drohenden Inflation retten wollen, indem sie Gold und Schweizer Franken kauften. Wäre dies eine ausreichende Erklärung, dann müssten andere Währungen aus vergleichbar stabilen Ländern wie z.B. die norwegische Krone oder der Singapur-Dollar von einem analogen Aufwertungsdruck betroffen sein. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt keine vergleichbare "save-heaven"-Währung, die in den letzten Monaten auch nur einem annähernd so hohen Aufwertungsdruck ausgesetzt gewesen wäre wie der Schweizer Franken. Während der Franken handelsgewichtet in den letzten zwei Jahren um rund 37% aufgewertet wurde, blieben diese Werte für die norwegische Krone, für die schwedische Krone oder für den Singapur-Dollar unter 10% (Tages-Anzeiger, 9.8.2011).

It's the speculation, stupid!

Der Hauptgrund für die galoppierende Aufwertung des Frankens, wie wir sie seit Anfang des Jahres erleben, liegt zweifelsfrei an einem andern Ort. Mächtige Akteure spekulieren auf die Kursschwankungen und versuchen mit hohen Einsätzen, die von ihnen gewünschte Entwicklung durchzudrücken. Eingesetzt werden dabei auch Software-Automaten, die auf jede kleinste Kursänderung reagieren; mit solchen Automaten lassen sich bei hohen Einsätzen auch mit kleinsten Schwankungen erkleckliche Spekulationsgewinne erzielen.

An einem durchschnittlichen Tag des Jahres 2010 war gemäss den Zahlen der Bank für internationalen Zahlungsverkehr BIZ das Volumen der Franken-Devisengeschäfte 40 Mal höher als der Wert der gehandelten Güter und Dienstleistungen. Schliesst man Termingeschäfte und Swaps mit ein, dann ist laut Schätzungen von Martin Wermelinger der jährliche Frankenumsatz rund 175 Mal grösser als der Wert der gehandelten Dienste und Güter. Dieser Überschuss besteht in erster Linie aus spekulativen Geschäften, also aus dem Devisenhandel in der alleinigen Absicht, daraus unmittelbar Profite zu erzielen. Zwar gibt es langfristige Gründe für eine tendenzielle Aufwertung des Frankens (wir kommen darauf zurück). Der gegenwärtige Höhenflug ist jedoch spekulativer Natur und muss im Sinne von Sofortmassnahmen auch als solcher bekämpft werden. Die Vermutung liegt nahe, dass bei den Spekulationsgeschäften auch Schweizer Finanzmarktakteure eine treibende Rolle spielen. Genau dies unterscheidet zum Beispiel Norwegen von unserem Land. Norwegen ist als Finanzplatz völlig unbedeutend, während der grosse Schweizer

Finanzmarkt nicht nur viele kenntnisreiche spekulative Akteure erzeugt, sondern auch eine Währung mit sich bringt, die im Fokus der internationalen Finanzmärkte steht.

Lässt sich eine solche Spekulation überhaupt wirksam bekämpfen?

Devisenspekulation sei nicht schädlich, meint der erwähnte Martin Wermelinger in einem Beitrag auf der Web-Site von Avenir Suisse. Auch andere Kommentatoren neoliberaler Provenienz sind der Ansicht, man müsse die Märkte gewähren lassen, so etwa Beat Kappeler in der NZZ vom Sonntag vom 7.8.11 in einem Artikel mit dem sprechenden Titel "Kopf einziehen und arbeiten, etwas anderes gibt es nicht". Zudem - so die Behauptung - lasse sich die Spekulation gar nicht wirksam bekämpfen.

Ein Blick auf Singapur - einer der Top-4-Finanzplätze weltweit - lehrt etwas anderes: Auch Länder mit einem bedeutenden Finanzplatz können den Spekulationsdruck wirksam eindämmen, wenn sie entsprechende Massnahmen ergreifen. Singapur hat zu diesem Zweck strenge Devisenmarktregeln erlassen. Die Kreditvergabe von Banken in Singapur-Dollar sind ausserhalb Singapurs streng reglementiert. Wenn sie den Betrag von 5 Mio. überschreiten, müssen sie über Swap-Geschäfte neutralisiert werden. Mit Swaps können die Kreditnehmer darauf verpflichtet werden, den Kredit zu vordefinierten Wechselkursen zurückzuerstatten. Haben Singapurbanken den Verdacht, dass die Ausland-Kredite spekulativen Zwecken dienen, so dürfen sie die Kredite gar nicht erst gewähren. Der Finanzplatz Singapur floriert trotzdem.

Ein beträchtlicher Teil der spekulativen Aktivitäten spielt sich im Dunkeln ab, im Rahmen von sogenannten Over-the-Counter-Geschäften, die kaum reguliert sind und deshalb auch nicht erfasst werden. Die daraus entstehende Intransparenz ist aus demokratischer Sicht inakzeptabel, entsprechende Korrekturen sind nötig (siehe nächster Abschnitt). Jedoch wäre es falsch, aus dieser Intransparenz zu schliessen, die Politik sei handlungsunfähig. Intransparent ist die Sache nämlich auch für die Marktakteure. Deshalb sind Entschlusskraft und Klarheit in der politischen Steuerung und im Handeln der Nationalbank gleichermassen wichtig und wirksam. Sie setzt im allgemeinen Nebel klare Orientierungsmarken. Die Nennung von klaren Zielen (z.B. ein Frankenkurs von Fr. 1.40 pro Euro) ist deshalb schon die halbe Miete.

Welche Rolle spielen die Schweizer Banken?

Banken können auf zwei Arten Devisengeschäfte tätigen: Im Auftrag von Kunden oder als Eigengeschäft. Im ersten Fall heissen sie Kommissionserträge ein, im zweiten Fall den gesamten Handelsgewinn. Das Studium der Geschäftsberichte der beiden Grossbanken CS und UBS macht zunächst deutlich, wie intransparent die Lage ist. Trotzdem fand SGB-Ökonom Lampart (Lampart, Blog) folgende Angaben: Die Credit Suisse weist für 2010 im eigenen Devisengeschäft Gewinne von 2.258 Mia Franken auf. Nicht enthalten sind darin die Kommissionen auf Kundengeschäften mit Devisen. Die UBS wiederum macht lediglich qualitative Aussagen und betont die positive Wirkung der Devisengeschäfte auf die Erträge. Ein beträchtlicher Teil solcher Devisengeschäfte dürfte auf die Spekulation mit dem Schweizer Franken zurückzuführen sein. Man darf davon ausgehen, dass die beiden Grossbanken im Jahr 2010 mit der Frankenspekulation Profite im hohen einstelligen Milliardenbereich erzielten.

Sofortmassnahmen: Rasch und entschlossen handeln

Erster Schritt: Den Franken auf einen Eurokurs von Fr.1.40 abwerten - und zwar rasch

Die letztjährigen Versuche der Nationalbank, den Frankenkurs zu halten, haben sich als wirkungslos erwiesen, da die SNB zuwenig entschlossen aufgetreten ist. Die SNB wollte dabei durch massive Fremdwährungskäufe den Franken bei einem Euro-Wechselkurs von 1.40 halten. Die zweite, gegenwärtige Intervention besteht nun im Versuch, mit einer Erhöhung der Sichtguthaben der Geschäftsbanken ein massives Franken-Überangebot zu schaffen und damit den Kurs zu drücken. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, werden doch den Banken enorme zusätzliche Geldmengen zur Verfügung gestellt und damit potentiell in neu spekulative Geschäfte gepumpt. Dies könnte zu erheblichen Kollateralschäden führen und zum Beispiel der Überhitzung der Immobilienmärkte zusätzliche Nahrung geben.

Der Hebel sollte deshalb an einem andern Ort angesetzt werden. Der erste Schritt: Eine Abwertung des Schweizer Frankens auf einen Kurs von Fr.1.40 pro Euro. Technisch gesprochen entspricht dies der Zusage der SNB, Euros zu diesem Preis aufzukaufen, indem sie direkt am Devisenmarkt interveniert und dafür Franken drückt. Unter Fachleuten wird diskutiert, ob es besser sei, eine solche Abwertung in mehreren oder in einem Schritt zu vollziehen. Denn die Spekulanten würden versuchen, die SNB mit dem Einschuss von enormen Euro-Volumina in die Knie zu zwingen. Ein zu grosser Schritt würde solche Versuche verstärkt herausfordern. Allerdings kann dasselbe auch beim zweiten oder dritten von kleineren Schritten eintreten. Deshalb ist vor allem eines entscheidend: Die SNB muss von Anfang an klar machen, dass sie jede beliebige Euromenge zum genannten Kurs aufkaufen wird. Dank ihrer Kompetenz, Franken zu schöpfen, kann sie dies auch in beliebiger Höhe tun. Das dürfte die Spekulanten so stark verunsichern, dass sie die SNB möglicherweise nur zu geringen Euro-Käufen zwingen.

Häufig diskutiert wird die Frage, welcher Frankenkurs denn anzustreben sei und von den Märkten auch "akzeptiert" würde. Als Richtgrösse wird in der Regel auf die Kaufkraftparität abgestützt. Ein Kurs sollte sich sinnvollerweise in der Grössenordnung dieser Parität bewegen - alles andere verzerrt die "Wettbewerbsverhältnisse" und entkoppelt sie von der ökonomischen Leistungsfähigkeit. Als Grössenordnung für die Kaufkraftparität wird in der Regel ein Europreis von Fr. 1.40 genannt. Die "Akzeptanz" der Märkte (d.h. das Verhalten der Spekulanten) hängt jedenfalls wesentlich von der Entschlossenheit der politischen Akteure und der SNB ab - vorausgesetzt, der angestrebte Kurs ist volkswirtschaftlich plausibel.

Ein wichtiger Einwand betrifft die Inflation. Die Geldmenge wird massiv erhöht, wodurch die Inflationsgefahr steigt. Abwertungen verteuern zudem die Importe. Da die Importeure ihre Währungsgewinne bislang jedoch noch kaum an die KonsumentInnen weitergegeben haben, ist diese zweite Inflationsgefahr bislang noch unbedeutend.

Insgesamt schätzen wir die Gefahr einer höheren Inflation als weniger gravierend ein als die Gefahr einer Deflation, welche sich gegenwärtig abzeichnet und in einer tiefen Rezession enden kann. Die Verteilungswirkung eines Preisanstiegs dürfte in etwa neutral sein. Profitieren davon werden tendenziell die Schuldner, also der Staat bzw. öffentliche Körperschaften und Liegenschaftenbesitzende mit Hypothekenschulden. Zu den Verlierern gehören Besitzende von Finanzvermögen und Sparguthaben. Da

aber zwei Drittel der Schweizer Haushalte über gar kein oder nur wenig Finanzvermögen und Ersparnisse verfügt, trifft dies die breite Schicht der Bevölkerung nicht entscheidend. Die Gefahr für die RentnerInnen, die durch eine gewisse Entwertung der Vermögen von AHV und Pensionskassen erwächst, ist zwar real. Sie ist jedoch viel kleiner einzuschätzen als die Gefahr, die durch eine lang anhaltende Rezession, ein Absinken der Produktivität, eine Senkung der Löhne etc. entstehen würde. Entscheidend für die Auswirkungen einer höheren Inflation auf die Arbeitnehmenden wird sein, ob es den Gewerkschaften gelingt, bei den Lohnverhandlungen mindestens den Teuerungsausgleich zu erkämpfen. Bei den letzten Teuerungsschüben waren die Gewerkschaften hier relativ erfolgreich.

Zweiter Schritt: Transparenz schaffen

Die Intransparenz auf den Devisenmärkten (wie auch auf andern Finanzmärkten) ist - das zeigt sich jetzt in aller Deutlichkeit - gesellschaftlich und demokratiepolitisch inakzeptabel. Deshalb sind entsprechende Regeln zu erlassen, um Transparenz herzustellen. Am einfachsten ist der Zugriff auf die in der Schweiz akkreditierten Banken. Sie müssen gezwungen werden, ihre Währungsgeschäfte - rückwirkend auf die letzten zwei Jahre - vollumfänglich offen zu legen. Insbesondere muss die Rolle, die die UBS und die CS spielen, lückenlos geklärt werden können. Zur Aufhellung der Graubereiche auf den Finanzmärkten sind internationale Anstrengungen nötig. Die Schweiz soll sich in den entsprechenden Gremien engagiert für eine umfassende Regulierung der heutigen Off-the-Counter-Geschäfte einsetzen.

Dritter Schritt: Spekulation aktiv eindämmen

Als Vorbild für entsprechende Massnahmen kann Singapur dienen (Online-Informationen der Singapur Monetary Management Division). Erfasst werden müssen möglichst sämtliche Kredite, die ausserhalb der Schweiz in Schweizer Franken gewährt werden. Überschreiten solche Kredite den Betrag von CHF 2 Mio, müssen sie wie im Falle Singapurs über Swap-Geschäfte neutralisiert werden. So können die Kreditnehmer für Rück- und Zinszahlungen auf einen Wechselkurs verpflichtet werden. Haben Schweizer Banken den Verdacht, dass die Kredite an Ausländer spekulativen Zwecken dienen, so dürfen sie die Kredite nicht gewähren.

Zwar ist es auch hier schwierig, den OTC-Graubereich zu erfassen. Doch die Wirkung der Massnahme ist dennoch beträchtlich, wie der Fall Singapur zeigt. Auffällig ist insbesondere, dass der Kurs des Singapur-Dollars auch in kurzen Zeiträumen erheblich weniger schwankt als derjenige anderer Währungen. Auch dies dürfte auf die geschilderten Massnahmen zurückzuführen sein.

Vierter Schritt: Spekulationsgewinne abschöpfen und der Bevölkerung verteilen

Als vierter Schritt wird eine Sondersteuer eingeführt, mit der die Extragewinne aus Währungsspekulationen mit dem Schweizer Franken und die Währungsgewinne der Importeure abgeschöpft und der Bevölkerung verteilt werden. Erfasst werden sollen einerseits sämtliche spekulativen Eigengeschäfte der Banken, andererseits die Währungsgewinne, die mit Konsumprodukten erzielt worden sind. Anzustreben ist eine Abschöpfung von 80% dieser Gewinne. Die NZZ am Sonntag rechnet vor, dass die Wechselkursgewinne der Konsumgüterlieferanten bei einem Jahresdurchschnittskurs des Frankens von 1.20 pro Euro den erklecklichen Betrag von 5.7 Mia Franken erreichen dürften. CS und UBS haben im Eigengeschäft allein im letzten Jahr mutmassliche mehrere Mia Franken Gewinn erzielt. Mit dieser Sondersteuer dürfte es also

möglich sein, jedeR BewohnerIn der Schweiz einen Betrag in Grössenordnung von 1000 Franken oder mehr ausuzahlen.

Mittel- und langfristige Massnahmen: Handelsungleichgewichte abbauen und Binnenmarkt stärken

Devisenspekulationen haben zu einer kurzfristigen Frankenblase geführt. Besonders offensichtlich war dies, als der Euro Anfang August gegenüber dem Franken innert weniger Tage um über 15 Prozent an Wert verlor. Es gibt aber auch längerfristige strukturelle Gründe dafür, dass der Franken gegenüber dem Euro in den letzten Jahren erstarkt ist. Da ist zunächst die Verschuldungskrise der südeuropäischen Länder und Irlands, welche das Vertrauen in den Euro geschwächt haben. Diese Verschuldung war und ist das Resultat grosser Ungleichgewichte im Welthandel. Insbesondere Deutschland und China haben während Jahren grosse Export- bzw. Ertragsbilanzüberschüsse erzielt, als Resultat hoher Produktivität im Verhältnis zu relativ tief gehaltenen Lohnkosten. Solche Überschüsse gehen auf Kosten jener Länder, die chronisch Ertragsbilanzdefizite aufwiesen und sich deshalb verschulden mussten. Die Schweiz gehörte und gehört zu jenen Ländern, die im Verhältnis zum BIP die höchsten Exportüberschüsse in der Welt erzielen. 2010 erreichte die Schweizer Ertragsbilanz einen Rekordüberschuss von 86 Mia Franken - mehr als 15% des BIP. Die Schweiz trägt damit wesentlich zu den Ungleichgewichten und zum Verschuldungsproblem bei und kann grosse Vermögen auf Kosten der Schuldnerländer anhäufen. Dies wiederum – gepaart mit einem stabilen Preisniveau - stärkt den Franken. Die exportorientierten Branchen (Exportindustrie, Finanzdienstleister, Tourismus) wurden so tatsächlich auch "Opfer ihres eigenen Erfolges", nachdem sie während Jahrzehnten und noch bis zum Frühling 2011 grosse Profite auf Kosten der Lohnabhängigen erzielt haben.

Mittelfristig ist aus den genannten Gründen deshalb eine über mehrere Jahre ausgeglichene Ertragsbilanz anzustreben. Die Löhne im unteren und mittleren Bereich müssen mindestens im Verhältnis zur Produktivität steigen. Dies ist u.a. durch höhere Mindestlöhne zu erreichen. Die exportorientierten Branchen und Unternehmen dürfen keine Steuerentlastungen erhalten, wie von der SVP und der FDP gefordert. Im Gegenteil soll ein höherer Teil der Exportüberschüsse abgeschöpft werden. Diese Mittel müssen in der Binnenwirtschaft investiert werden: Sie werden für den ökologischen Umbau (Stichwort Atomausstieg) sowie für die Care Ökonomie (Stichwort bezahlbare Kindertagesstätten) benötigt. Dies würde den Binnenmarkt stärken und die Abhängigkeit der Schweiz von den labilen Exportsektoren reduzieren. Die Denknetz-Steueragenda, mit der wir rückverteilende Steuern im Betrag von 25 Mia Franken pro Jahr vorschlagen, würde sich im Sinne eines ausgeglichenen Ertragsbilanz positiv auswirken.

Auch mittelfristig soll die SNB an einem Kursziel gegenüber dem Euro festhalten. Um eine gewisse währungspolitische Autonomie zu wahren, kann dabei ein Kurskorridor festgelegt werden, innerhalb dessen sich der Franken zu bewegen hat (z.B. Fr.1.35-1.45). Droht der Frankenkurs diesen Korridor zu verlassen, verpflichtet sich die SNB zu intervenieren.

Ein wichtiger Schritt zu einer Eindämmung der Spekulation und zur Erhöhung der Stabilität auf den Devisenmärkten ist die in der EU diskutierte Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Tobin-Steuer). Eine solche Steuer würde u.a. alle Devisentransaktionen erfassen und so die Spekulation weniger attraktiv

machen. Beispielsweise könnte das heimtückische hochfrequente Trading eliminiert werden, das auf einer raschen Abfolge von An- und Verkäufen (Transaktionen) basiert. Bei diesem Hochfrequenz-Trading wird pro Transaktion mit geringsten Profitraten gearbeitet. Beachtliche Erträge entstehen durch die hohe Zahl der Transaktionen. Wird nun jede dieser Vorgänge mit einer Transaktionssteuer belegt, so lohnt sich ein solches Vorgehen nicht mehr.

Anmerkungen zu weiteren vorgeschlagenen Massnahmen

Zu den weiteren Massnahmen, die in den letzten Wochen und Tagen ins Spiel gebracht wurden noch einige Anmerkungen.

Zunächst zu den Vorschlägen der SVP und der FdP: **Steuersenkungen, Sparmassnahmen und Gebührenreduktionen**. Solche Vorschläge sind purer Klassenkampf von oben und hinsichtlich ihrer Gesamtwirkung ebenso pures Gift, während sie auf die Währungskurse nicht den geringsten Einfluss nehmen. Christoph Blocher etwa will die Unternehmenssteuern, die der Bund erhebt, von 8.5% auf 7% senken. Erstens nützt das vor allem denjenigen Firmen, die trotz des hohen Frankens hohe Gewinne schreiben. Zweitens wird damit generell ein Trend verstärkt, der wesentlich zur Aufblähung der Finanzmärkte beigetragen hat: Die Umverteilung des finanziellen gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Unternehmer und der Elite der Superreichen, die ihre Reichtümer zunehmend spekulativ einsetzen. Und drittens wird der Öffentliche Dienst geschwächt - wie wenn Spitäler, Poststellen, Bahnbetriebe etc. nicht auch Teil des wirtschaftlichen Lebens wären!

Ebenso zwiespältig sind die Vorschläge, den **exportorientierten Firmen gezielt unter die Arme zu greifen**. Abgesehen davon, dass auch damit der hohe Frankenkurs nicht verändert wird, ist die Massnahme kritisch zu beurteilen. Solange ein Land keine demokratisch legitimierte Steuerung der Wirtschaft etabliert hat, holen sich diejenigen die Subventionen (und darum handelt es sich), die am besten lobbieren können. Das vom Bundesrat vorgeschlagene 2-Mia-Paket lädt zu unternehmerischen Fischzügen auf die Staatskasse ein.

Weiter werden immer wieder **Negativzinsen für neue ausländische Frankeneinlagen** vorgeschlagen. Damit wird jedoch nach gängiger Meinung die eigentliche Spekulation nicht erfasst. Trotzdem könnte diese Massnahme begleitend eine unterstützende Wirkung entfalten.

Literatur, Angaben

Yngve Abrahamsen, Banu Simmons-Süer (KOF ETH Zürich). Die Wechselkursabhängigkeit der Schweizer Wirtschaft. KOF-Studie Nr. 24 April 2011, Zürich

Hans Baumann, Beat Ringger. Richtig steuern. Wie mit Steuern jährlich 25 Mia Franken zugunsten der Bevölkerung rückverteilt werden können. Zürich, September 2011

Daniel Lampart. Blog, diverse Einträge. <http://www.sgb.ch/sgb-blog/index.php?blogId=2>

Daniel Lampart. Auswirkungen einer Frankenaufwertung auf die Schweizer Wirtschaft. SGB-Dossier 71, September 2010 Bern

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie. Zu reich für den Kapitalismus - Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Denknetz-Jahrbuch 2010

Singapur Monetary Management Division, MAS. Regulierung der Devisengeschäfte.

http://www.mas.gov.sg/legislation_guidelines/banks/notices/Notice_757__Internationalisation_of_the_Singapore_Dollar__S.html

Birgit Voigt. Milliarden-Segen für Lieferanten aus Europa. NZZ am Sonntag, 7.8.11, S.7

Martin Wermelinger. Devisenspekulation ist nicht schädlich. Online-Artikel auf der Site von Avenir Suisse. 2.8.2011. <http://www.avenir-suisse.ch/7887/devisenspekulation-ist-nicht-schadlich>

Tages-Anzeiger, 9.8.2011 (S.4). Die sieben wichtigsten Fluchtwährungen

Thobias Straumann. Der härteste Schweizer. Das Magazin No. 33 2011-08-23

Hans Kissling. Rentner müssen mit einer Teilenteignung rechnen. Tages Anzeiger 19.8.2011